Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 12

Artikel: Rückblick auf das Jahr der Frau
Autor: Waldner, Liliane
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339067

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Liliane Waldner

Rückblick auf das Jahr der Frau

Die Vereinten Nationen proklamierten das Jahr 1975 zum Jahr der Frau. Diese Bestimmung hatte dem Ziel zu dienen, frauenfeindliche Gesetze zu ändern und Massnahmen zu treffen, damit die rechtliche, soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheit zwischen Mann und Frau aufgehoben wird.

Die internationale Frauenkonferenz
wurde vom 23. Juni bis 4. Juli 1975 in Mexico-City durchgeführt. Die Delegierten kamen aus Ländern mit grossen politischen und wirtschaftlichen Unterschieden, und trotzdem gelang es der Konferenz, einen Weltaktionsplan auszuarbeiten, mit dem bis zum Jahr 1980 erreicht werden soll: Die Schulung der Frauen wird weltweit gefördert, und ebenso viel Mädchen wie Knaben haben die Grundschule zu besuchen.

Ungefähr 2000 inoffizielle Teilnehmerinnen bildeten eine Gegenkonferenz, in deren Mittelpunkt das Recht der Frau auf ihren Körper stand. Doch fand diese Forderung fortschrittlicher Frauen aus den Industrienationen im grossen Gremium kein Gehör.

Leider fehlte es auch nicht an Misstönen: Als Lea Rabin, die Frau des israelischen Premierministers, das Wort ergriff, verliessen zwei Drittel der Delegierten demonstrativ den Saal. Es war offensichtlich, dass diese Konferenzteilnehmerinnen am Gängelband der heimischen Männerregierungen geführt wurden. Diese Frauen verpassten die grosse Chance zu zeigen, dass sie sich über den Geist der Intoleranz zu erheben vermögen und auch bei Meinungsverschiedenheit solidarisch sein können.

Vom 15. bis 18. Januar tagte

der schweizerische Frauenkongress
Die Teilnehmerinnen befassten sich mit der Frage, wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau erreicht werden könne. Der Kongress forderte in einer Resolution die Verankerung dieser Gleichberechtigung in der Bundesverfassung. Kurz darauf wurde ein überparteiliches Komitee gebildet, das eine Verfassungsinitiative startete. In Artikel 4 der Bundesverfassung soll die Gleichberechtigung von Mann und Frau, insbesondere gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Gleichbehandlung in Erziehung, Schule, Berufsbildung und Berufsausübung festgelegt werden. Die Sozialdemokratische Partei unterstützt diese Initiative.

Bundesrat Hans Hürlimann erklärte bei diesem Anlass: «Das Jahr der Frau könnte zum ‚Jahr der Bewährung' werden, weil es in die Zeit der wirtschaftlichen Rezession fällt.» Dazu einige Bemerkungen: Die ohnehin wirtschaftlich schwächeren Frauen werden von der Rezession stärker be-

troffen als ihre Kollegen. Sie verdienen zwischen 19 und 37 Prozent weniger als die Männer[1]. Eine Frau in führender Position ist die Ausnahme der Regel, nach der die Frauen in untergeordneten und dienenden Berufen arbeiten. Viele Frauen sind in Branchen beschäftigt, die die Rezession besonders heftig zu spüren bekommen und schon längere Zeit kränkelten (Textil-, Schuh- und Uhrenindustrie). In diesen Branchen werden die schlechtesten Löhne bezahlt.

60 Prozent der berufstätigen Ehefrauen sind mit einem Arbeiter verheiratet[1]. Sie sind auf den Verdienst dringend angewiesen. 80 Prozent aller berufstätigen Ehefrauen benötigen den Lohn, um den Haushalt finanzieren zu können[1].

Nur wenig Frauen sind gewerkschaftlich organisiert. Auf 416 032 Männer kommen 39 203 Frauen[2]. Die Krise der dreissiger Jahre zeigte, dass durch die Entlassung erwerbstätiger Ehefrauen nur eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen für Männer frei wird. Am 21. Mai 1944 erklärte der Bundesrat in einem Zwischenbericht: «Das Arbeitslosenproblem kann nicht einfach dadurch gelöst werden, dass man die weibliche Arbeitskraft zugunsten der männlichen aus dem Produktionsprozess entfernt.»

Zentralkonferenz der SP-Frauen

Es folgte schliesslich die ausserordentliche Zentralkonferenz der SP-Frauen vom 20. September 1975. Im folgenden soll kurz das Ergebnis dieser Tagung skizziert werden: So wurde ein Antrag angenommen, in dem gefordert wird, dass alle Mittel der Empfängnisverhütung (mechanisch, medikamentös und operativ) in den Katalog der Krankenkassen-Versicherungsleistungen aufgenommen werden sollen. «Jede verhütete Schwangerschaft ist billiger für die Krankenkasse», erklärte Yvonne *Lenzlinger*.

Im weitern setzten sich die Delegierten für die Schaffung einer Zentralstelle für Familien- und Jugendpolitik in der Bundesverwaltung ein. Zur Begründung erklärte Nationalrätin Hedi *Lang*, Arbeits- und Schulzeiten müssten so geändert werden, dass erwerbstätige Ehepaare mehr Zeit für die Kinder hätten. Kinderreiche Familien könnten Betreuungshilfen erhalten. Staatliche Tagesmütter mit guter Ausbildung und angemessener Entlöhnung wären zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Thema der Konferenz war die Berufsbildung. Durch die Verbesserung der Berufsbildung kann die wirtschaftliche Stellung der Frauen gestärkt werden. Nur 60 Prozent der Mädchen gegenüber 90 Prozent der Knaben absolvierten eine Berufslehre. Die Teilnehmerinnen folgten deshalb einem Antrag der Nationalrätin Dr. Lilian *Uchtenhagen*, durch den bei der Revision des Berufsbildungsgesetzes folgendes berücksichtigt werden muss: verbesserte Allgemeinbildung in den Berufsschulen,

---

[1] Unesco-Studie über die Stellung der Frau in der Schweiz.

[2] «Weltwoche» vom 10. September 1975.

Berufsforschung, Berufsberatung ohne Trennung nach Geschlecht, die besondere Förderung der Berufsbildung der Mädchen.

Schliesslich kam das Problem des Konsumentenschutzes zur Sprache. Hier besitzen die Frauen eine Macht, die ihnen gar noch nicht bewusst ist (Dr. Lilian Uchtenhagen). Täglich kaufen die Frauen für den Bedarf ihrer Familien ein. Sie besitzen die Möglichkeit, Produkte zu boykottieren, deren Preise und Qualität nicht angemessen sind. Einzelne Aktionen wurden erfolgreich durchgeführt (Fleischstreik, Butterstreik, Wurstwarenstreik der Welschen). Deshalb wurde von der Versammlung die Forderung erhoben, der Konsumentenschutz müsse auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden: Aus diesem Grunde sollte in der nächsten Legislaturperiode der Konsumentenschutzartikel zur Beratung kommen. In diesem Zusammenhang wurde der Bundesrat auch aufgefordert, den dringlichen Bundesbeschluss über die Überwachung der Preise, Löhne und Gewinne aufrecht zu erhalten. Der Erfolg blieb nicht aus: Der Bundesrat beschloss am 22. September 1975, dass die Preisüberwachung teilweise fortgeführt werde

Die eidgenössischen Wahlen im «Jahr der Frau»

Am 25./26. Oktober 1975 durften die Frauen zum zweitenmal das eidgenössische Parlament bestellen. Während 1971 11 Frauen in den Nationalrat gewählt wurden und im Laufe der Legislaturperiode drei weitere hinzukamen, wurden dieses Jahr 15 Frauen gewählt. Im Ständerat wurde die einzige Standesvertreterin, Lise Girardin, abgewählt. Den Frauen gelang es mit Ausnahme der Sozialdemokratinnen nicht, Fortschritte zu erzielen. Von 1617 Kandidaten wurden 185 oder 11,5 Prozent und von 330 Kandidatinnen 15 oder 4,5 Prozent gewählt. Ein Mann besitzt demnach eine zweieinhalbmal grössere Chance gewählt zu werden als eine Frau.

Die vier SP-Nationalrätinnen der ersten Stunde konnten ihre Sitze halten und wurden durch die Zürcher Schriftstellerin Doris *Morf* verstärkt. Die Sozialdemokratinnen stellen die grösste Frauengruppe im Nationalrat. Ihre Leistungen trugen wesentlich zum prächtigen Wahlsieg der SP bei. Ein grosses Verdienst kommt dabei auch der Präsidentin Rita *Gassmann* zu. Ihre zuverlässige Arbeit sollte für alle ein Ansporn sein, nicht auf den Lorbeeren des Erreichten auszuruhen.